

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Heft 3/2013

Call for Papers

Schuldenkrise im Euroraum

Die Schuldenkrise im Euroraum hat sich zur bisher größten Belastungsprobe der Währungsunion entwickelt. Nachdem die Krise zunächst auf Griechenland begrenzt war, haben die Verwerfungen mittlerweile die Kernländer der Währungsunion erreicht. Zu den Ansteckungsgefahren haben nicht überzeugende Antworten der Politik maßgeblich beigetragen. Konsolidierte Staatsfinanzen und strukturelle Anpassungen erfordern einen langen Atem und können kurzfristig die wirtschaftliche Entwicklung erheblich belasten. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Staaten deutlich gestiegen, so dass die Reformbereitschaft bereits nachzulassen scheint. Die Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger besteht darin, die wirtschaftliche Erholung trotz der Schuldenkrise zu fördern und gleichzeitig die Konsolidierung der Staatshaushalte voranzutreiben. Institutionelle Entwicklungen, die noch vor einiger Zeit undenkbar schienen, in Richtung einer Vergemeinschaftung der Schulden und zentraler Durchgriffsrechte in nationale Haushalte in einer Fiskalunion sind nicht mehr unwahrscheinlich.

Im Mittelpunkt dieses Vierteljahrshefts zur Wirtschaftsforschung stehen Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der Schuldenkrise im Euroraum. Dabei sollen die Implikationen für die Wirtschaftspolitik herausgearbeitet werden. Die Arbeiten können sowohl eine nationale als auch europäische Perspektive einnehmen. Willkommen sind sowohl theoretische als auch empirische Ansätze. Insbesondere, aber nicht allein darauf beschränkt, sind Autoren aufgefordert Beiträge zu folgenden Fragestellungen einzureichen:

- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Banken- und Schuldenkrise?
- Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, Auslandsverschuldung und Schuldenkrise
- Führt die Austeritätspolitik in eine Wachstumsfalle?
- Wie kann wirtschaftliches Wachstum in den Peripheriestaaten der Währungsunion neu entfacht werden
- Welche Faktoren sind für die Ansteckung zwischen Ländern entscheidend? Wann sollten Länder mit Hilfgeldern aus dem Europäischen Stabilisierungsfonds unterstützt werden?
- Welche Rolle kommt der Europäischen Zentralbank bei der Bewältigung der Krise zu?
- Reichen die Neuerungen im System der makroökonomischen Governance aus oder sind institutionelle Neuregelungen erforderlich, um künftig gegen Krisen besser gewappnet zu sein?
- Euro-Anleihen oder Schuldentilgungsfonds als Ausweg?
- Welchen Beitrag können Bankenunion oder ein Fiskalföderalismus leisten, um die Schuldenkrise zu entschärfen?
- Sind die durch Garantien für die überschuldeten Länder eingegangenen Risiken noch vertretbar?

Interessenten senden bitte ein Manuskript ihres beabsichtigten Beitrags bis zum 01. Juni 2013 an den Heftherausgeber Christian Dreger (cdreger@diw.de) oder an die Chefredaktion der VJH (dschaefer@diw.de). Der Refereeprozess wird bis Mitte Juni durchgeführt. Die fertigen Papiere sollten bis zum 01. Juli 2013 vorliegen. Es sind ausschließlich deutschsprachige Beiträge erbeten, deren Umfang 15 Manuskriptseiten nicht überschreiten sollte.

Weitere Hinweise für Autoren finden Sie im Internet unter:

http://www.diw.de/de/diw_02.c.238042.de/publikationen_veranstaltungen/publikationen/vierteljahrshefte/hinweise_fuer_autoren/hinweise_fuer_autoren.html.